



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 26.09.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die Führung der DVR erwartet keine grundlegenden Bewegungen im Verhandlungsprozess auf dem Treffen in Minsk am 29. September, erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung, der Vorsitzende des Volkssowjets der Republik Denis Puschilin.

„Wir befinden uns in einem Prozess. Man kann keine schnellen Ergebnisse oder eine Unterzeichnung von Dokumenten erwarten und es wird auch keine schnellen grundlegenden Veränderungen geben“, erklärte er.

Nach den Worten Puschilins gibt es noch Chancen für die Unterzeichnung eines Dokuments über den Abzug von Truppen, aber in dieser Frage wird viel von der Vernunft der ukrainischen Seite abhängen.

„Für ist es jetzt wichtig, dass dieser Prozess erhalten bleibt, denn wenn eine der beiden Seiten aus den Minsker Vereinbarungen ausscheidet, heißt das Krieg“, sagte der Sprecher des Parlaments.

Lug-info.com: Die Erklärung des sogenannten „militärisch-zivilen Gouverneurs des Lugansker Oblast“ Georgij Tuka über die bevorstehende Eröffnung eines Passierpunktes in Staniza Luganskaja ist nur eine Imitation der Erfüllung des Maßnahmenkomplexes und kann in keiner Weise die Blockade abmildern, erklärte der Bevollmächtigte der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnogo.

Zuvor war heute in ukrainischen Medien unter Berufung auf Tuka die Information erschienen, dass die ukrainische Seite plant, am 10. Oktober einen Fußgängerpassierpunkt bei Staniza Luganskaja zu eröffnen.

„Die weiteren Versprechen der ukrainischen Behörden, humanitäre Fragen zu lösen, könnten auf den ersten Blick als konstruktiver Schritt aufgefasst werden. Aber was haben wir in der Realität? Ein Passierpunkt, der ständig arbeiten sollte, wurde zwangsweise von der ukrainischen Seite geschlossen und jetzt verspricht man uns, zum 10. Oktober dort einen Fußgänger-Passierpunkt zu organisieren“, sagte Dejnogo.

„Im Grunde kann man das nicht einmal eine Halbheit nennen. Die Rede ist von der Schaffung eines vollwertigen Passierpunktes. Weder Autos noch Güter werden dort passieren können. Offensichtlich ist die Rede nicht vom Wiederaufbau einer Brücke und in keiner Weise kann das als Aufhebung der Hindernisse für die Bewegung der Bürger bewertet werden. Und in keiner Weise kann das als Senkung des Grads der ökonomischen Blockade bewertet werden“, unterstrich er.

„In keiner Weise wird dies die Probleme der Lieferung von Lebensmitteln lösen, noch die der Bewegungsfreiheit, die ein unveräußerliches Verfassungsrecht der Bürger ist. Eine solche weitere Imitation schafft nur den Anschein von Versuchen der Erfüllung der Forderungen des Maßnahmenkomplexes durch die ukrainische Seite. Mehr noch – es ist noch nicht bekannt, womit diese Versprechungen enden werden und ob sie wirklich realisiert werden oder ob sie ein solches Schicksal erwartet, wie Dutzende anderer Versprechungen, die die ukrainischen Behörden abgegeben haben“, sagte der Bevollmächtigte der Republik.

„Als Tuka gerade Gouverneur geworden war, erklärte er, dass er gegen die Blockade eintritt. Und diese ganzen Erklärungen lösen sich in einen traurigen Versuch auf, einen Passierpunkt für Fußgänger zu eröffnen. Deshalb ist der Wert dieser weiteren Erklärung Tukas wahrscheinlich genau dies“, meint Dejnego.